

UNIVERSITÄT LUXEMBURG

„Wir stehen an einem Scheideweg“

Das Gespräch führte Richard Graf.

Auch nach dem Rücktritt des Rektors hat eine Diskussion um die Zukunft der Universität Luxemburg kaum stattgefunden. Die woxx unterhielt sich mit Georges Steffgen, Professor für Sozial- und Arbeitspsychologie, der den Aufbau der Uni von Anfang an begleitet hat und sich als einer der Wenigen öffentlich zu Wort meldet.

woxx: Der Stadtforscher Markus Hesse fragt im Forum, ob es am Ende „tatsächlich ein Missverständnis“ gewesen sei, die Hochschule in Luxemburg Universität zu nennen, weil ihr Charakter im Grunde ein rein instrumenteller sei. Wie sehen Sie das?

Georges Steffgen: Wir befinden uns derzeit in einem Entscheidungsprozess über die zukünftige Gestaltung der Universität Luxemburg. Es wird sich zeigen, ob wir uns eher in die Richtung einer klassischen, selbstbestimmten universitären Struktur oder doch weiterhin in die Richtung einer eng geleiteten, kontrollierten und instrumentaliserten Organisation entwickeln. So wird im neuen Universitätsgesetz beispielsweise die Struktur eines „groupe ment d'initié et économique“ an der Universität gefordert, wonach die Lehre - insbesondere die „formation continue“ - als auch das Bachelor-Studium - in Zukunft in einem wirtschaftlich orientierten Kontext umgesetzt werden soll. Auch werden schulische Ausbildungen (Brevet) in den akademischen Kontext verschoben, was eine „Fachhochschulisierung“ zur Folge hat. Ein früherer Vorsitzender der deutschen Rektorenkonferenz nannte das einmal die Ausbildung von

Schnalspurntellgenzen. Diese Vorgehensweise wird noch dadurch begünstigt, dass die „employability“ der Absolventen mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Studierende sollen vorrangig auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden, was eigentlich nicht die wesentliche Aufgabe einer Universität ist. Diese soll vielmehr eine vertiefte Bildung vermitteln. Dieser Auftrag ist viel umfassender als allein Absolventen rein auf einen spezifischen Arbeitsmarkt vorzubereiten. Wir stehen demnach an einem Scheideweg. Das neue Gesetz weist sehr deutlich in eine Richtung, in der eine hierarchisch top-down-orientierte Hochschule umgesetzt werden soll.

„Das neue Gesetz weist sehr deutlich in Richtung einer hierarchisch top-down-orientierten Hochschule.“

Kann man nicht beides kombinieren?

Das Problem ist: Je mehr Forderungen man an eine universitäre Struktur richtet, umso schwieriger und komplexer wird deren Erfüllung. So werden sehr unterschiedliche Interessen gegenüber der Universität geltend gemacht, die vermehrt zu Widersprüchen führen. Diese müssen bewusst gemacht werden und in entsprechenden öffentlichen Diskurse münden. Die im Raum stehende Frage ist, was man von dieser Universität erwartet. Je vielfältiger die Anforderungen und Ansprüche, desto größer die Gefahr, dass nicht alle zufriedenstellend er-

füllt werden können. Es muss daher eine Klärung geben, was diese Hochschule oder Universität - aus einer gesellschaftlichen Perspektive betrachtet - leisten soll und kann.

Hat die Integration der verschiedenen Forschungsinstitute und der Lehrausbildung, die ganz spezifische Vorgaben erfüllt, die Situation also noch verschärft?

Was die humanwissenschaftliche Fakultät (FLSHASE) betrifft, so wurden dort am Anfang hochschulähnliche Institute integriert, die im Bereich der Forschung und der Lehre aktiv waren. Dies erforderte Ressourcen und auch Anpassungsprozesse, die einige Jahre nachwirkten - zum Teil bis heute. In dem neuen interdisziplinären Zentrum für Gegenwartsgeschichte, dem G?DH, werden ebenfalls bestehende Einrichtungen zusammengeführt. Ein solches Vorgehen erfordert natürlich einen ganz anderen Aufwand, als wenn man aus dem Stand ein ganz neues Zentrum gründet. Zudem ergibt sich das grundlegende Problem, dass die so integrierten Einrichtungen zuvor nicht zwingend angemessen im Bereich der Forschung und Lehre aufgestellt waren. Um diesem entgegen zu wirken, müssen dann, zum Beispiel, die bisherigen Mitarbeiter weiterqualifiziert werden, damit das Zentrum in Zukunft universitär-wissenschaftlichen Ansprüchen genügen kann.

Hat sich Luxemburg der Ökonomisierung der Universität, also der Anpassung an rein wirtschaftliche Interessen, schneller unterworfen als andernorts?

Die Ökonomisierung der Universität ist ein internationaler Trend, der vor Luxemburg nicht Halt macht. In Luxemburg sind die Entscheidungswegen allerdings bedeutend kürzer und direkter. Die Verbindungen zwischen den political stakeholders und der Universität sind hier sehr eng, und die wirtschaftlichen Interessen des Landes standen von Anfang an im Zentrum der Zielsetzung der Universitätsgründung. Sicherlich soll die Universität die wirtschaftliche Prosperität des Landes stärken. Bildlich gesprochen, stellt sich jedoch die Frage, wie stark das Pendel einseitig in diese Richtung ausschlagen soll. Hier ist die Entwicklung in den vergangenen Jahren doch ziemlich eindeutig. Beispielsweise ist der Bereich Logistik anzuführen, für den der Universität rein zweckgebunden gesonderte finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt wurden, um diesen Geschäftszweig weiterzuentwickeln. Im Grunde ist die Universität immer mehr aufgefördert, „Produkte“ zu liefern, die möglichst kurzfristig zu einem „return on investment“ führen. So wird argumentiert, dass bisher ein sehr hoher monetärer Betrag in den Aufbau der Universität investiert wurde, der möglichst zügig wieder zurückfließen soll. Nur stellt sich die Frage, ob sich der Gewinn einer Universität alleine über die direkte ökonomische, finanzielle Rentabilität berechnen lässt. Als Wissenschaftler denke ich, dass noch andere Kriterien zu berücksichtigen sind, die unter anderem im Bereich der Bildung zu finden sind. Beispielsweise hat die Universität unter anderem auch den Auftrag, die zukünftige Intelligentsia Luxemburgs herauszubilden, die über ihr kritisch reflektiertes Denken

dieses Land in seiner kulturellen, gesellschaftlichen und sicherlich auch ökonomischen Entwicklung unterstützen soll.

„Im Grunde ist die Universität immer mehr aufgefordert, ‚Produkte‘ zu liefern, die möglichst kurzfristig zu einem ‚return on investment‘ führen.“

Wieso gibt es - außer ein paar Leserbriefen - kaum irgendwelchen Widerstand gegen diese Entwicklung?

Da kommen mehrere Faktoren zusammen. Zum einen finden sich kaum gewachsene, etablierte Diskussionsforen in diesem Bereich. An der Universität selber wurden in den vergangenen Jahren sehr viele Pro-

fessoren aus dem Ausland angeworben, die Universität mitaufzubauen. Viele sind vor allem gekommen, weil die Forschungsbedingungen im Vergleich zum Ausland sehr gut waren und auch weiterhin sind. Forscher sehen verstärkt ihre Forschungsinteressen und die Möglichkeiten, die sich ihnen bieten. Strukturelle Fragen wurden dabei wenig diskutiert, und auch das neue Uni-Gesetz wurde bewusst von politischer Seite nur in einem engeren Zirkel erörtert und nicht systematisch und partizipativ mit allen Beteiligten diskutiert. Dies ist in einem gewissen Vorgehensweise, mit der man Widersprüche und den aus ihnen resultierenden Konflikten aus dem Wege zu gehen versucht. Sicherlich gab es einige wenige handverlesene Uni-Mitarbeiter, die wohl im Vorfeld informiert wurden, deren Beteiligung spiegelt sich aber auf einer rein persönlichen Feedback-Ebene wieder. Die Leserbriefe machen hingegen

deutlich, dass durchaus unterschiedliche Sichtweisen vorliegen, die belegen, wie bedeutsam eine fundierte Auseinandersetzung mit der zukünftigen Entwicklung der Universität wäre.

„Das neue Uni-Gesetz wurde bewusst von politischer Seite nur in einem engeren Zirkel erörtert.“

Wie ist es denn um die von der Regierung viel zitierte Autonomie der Uni bestellt?

Die Eigeninitiative der einzelnen Forscher ist sicherlich sehr ausgeprägt. Diese sind international sehr aktiv, gut vernetzt und investieren sich sehr stark, um ihre Forschungsvorhaben zu stärken. Dieses Bemühen wird auch in spezifischen Bereichen - durch den Fonds national de la recherche (FNR) gefördert. Die Frage der Selbstverwaltung in einem kontrollierten top-down Universitätsmodell ist da bedeutend schwieriger zu beantworten. Die Autonomie wird durch das neue Gesetz sicherlich nicht gestärkt. So erhält der Universitätsrat zwar einen größeren



FOTOS: WOXX



Georges Steffgen studierte zwischen 1982 und 1989 Psychologie an der Universität Trier an der er auch im Jahr 1993 promovierte. 1996 wurde er Forschungs- und Lehrbeauftragter am ISEEP. 2002 erfolgte die Ernennung zum Professor für Sozial- und Arbeitspsychologie an der Universität Luxemburg, wo er seit 2009 den Bachelor- und seit 2014 den Masterstudiengang in Psychologie leitet. Er ist Mitglied des Fakultäts- sowie des Universitätsrats. Von 2010 bis 2013 war er Vize-Dekan der Fakultät für Sprachwissenschaften und Literatur, Geisteswissenschaften, Kunst und Erziehungswissenschaften (FLSHASE).

Spielraum, doch ist seine Funktion weiterhin nur rein beratend. Was dies bedeutet, wird sehr deutlich, wenn der bisherige Universitätsrat, etwa zum Budget oder anderen Fragen ein negatives Votum abgibt, und dieses Votum dann ohne Weiteres durch den Aufsichtsrat (Conseil de gouvernance) aufgehoben wird.

Wie wirken sich die Vorgaben des FNR, der in der ganzen Debatte kaum Erwähnung findet, auf die Selbstverwaltung aus?

Der FNR hat durchaus eine Lenkungs-funktion in die Universität hinein. Deren Mittelvergabe ist ein selektiver Vorgang für spezifische Forschungsthemen, durch den zum Teil hochwertige Forschungsbereiche kaum eine Möglichkeit haben, finanziell gefördert zu werden. Erkennbar wird eine Fokussierung auf spezifische Forschungsbereiche, die direkt die Ausrichtung der Universität beeinflussen. Auf der anderen Seite hatte die Universität bis vor kurzem die Möglichkeit, aufgrund interner Projekt-mittel, eine Vielfalt von Forschungsvorhaben finanziell zu fördern. Diese Mittel sind jedoch wegen der unerwarteten finanziellen Belastungen der Universität gekappt worden. Die-

INTERVIEW

se interne Forschungsförderung hatte sich dabei rein nach der Qualität der Forschungsanträge gerichtet. Die Folge der beschriebenen Forschungsförderung in Luxemburg ist, dass derjenige der sich nicht in den national vorgegebenen Forschungsthemen verankern kann, es sehr schwer hat, seine relevanten Forschungsvorhaben umzusetzen.

„Derjenige der sich nicht in den national vorgegebenen Forschungsthemen verankern kann, hat es sehr schwer, seine relevanten Forschungsvorhaben umzusetzen.“

Ist unter diesen Umständen die Freiheit der Lehre und der Forschung überhaupt gewährleistet?

Erkennbar spiegelt sich die Bedeutung der Professoren nicht angemessen in den entscheidenden Gremien der Universität wieder. Selbst im Universitätsrat sind sie kaum als eigenständige Gruppe sichtbar. Aber auch die Rolle des einzelnen Professors hat sich in der jüngeren Vergangenheit geändert. Er hat sich zu einer Art Forschungsmanager entwickelt, der im Wesentlichen darauf festgeschrieben ist, finanzielle Mittel für seinen Forschungsbereich zu akquirieren. Er ist dabei in eine sehr starke Abhängigkeit der Forschungsförderung geraten, die die Freiheit der Lehre und Forschung beschneidet. Zu wünschen wäre ein größeres Vertrauen in die Kompetenz und Kreativität der Professorenschaft der Universität, die ja über die Expertise verfügt, eine forschungsproduktive und funktionierende Universität aufzubauen und zu gestalten.

Trifft die Ökonomisierung der Uni die Humanwissenschaften nicht in besonderer Maße?

Sicherlich sind die Humanwissenschaften von diesem rein ökonomischen Denken besonders betroffen. Aber das Problem stellt sich auch in den anderen Fakultäten. Es ist durchaus so, dass die FLSHASE, was das Anwerben von Forschungsgeldern betrifft, einem hohen Qualitätsstandard entspricht. Die Frage ist, wie man diese Kompetenz in der gesellschaftlichen Entwicklung dieses Landes stärker nutzen kann. Es fördert sicherlich das Ansehen der Universität, dass die Fakultät sehr interdisziplinär



ausgerichtet ist, allerdings sollte dann auch die Möglichkeit gestärkt werden unterschiedliche Forschungsbereiche weiterzuentwickeln. Es liegen insgesamt sehr gute Evaluationen der Forschung der humanwissenschaftlichen Fakultät vor, und die zentralen Stellungnahmen der Amis de l'université, betonten mit Nachdruck die Notwendigkeit einer starken geisteswissenschaftlichen Ausrichtung der Universität.

„Eine ideale Form wäre ein starker Universitätsrat der den Rektor wählt und stützt.“

Ist diese Ökonomisierung nicht schon zum Teil so sehr internalisiert worden, dass sie nicht mehr in Frage gestellt wird?

Ich denke, es ist eine der zentralen Aufgaben der Humanwissenschaften, darauf hinzuweisen, dass es in der Wissenschaft nicht nur um ein return on investment geht. Unsere Stärken liegen insbesondere im Bildungsbe-

tern - der den Rektor wählt und stützt. Sollte es jedoch bei der im Gesetzentwurf vorgesehenen Struktur bleiben, wäre zu fordern, dass im Aufsichtsrat, insbesondere die Professorenschaft als korporatistische Einheit mit Stimmrecht vertreten wäre.

Bleibt die Frage, wieso es nicht nur einfach einen einzigen Universitätsrat geben sollte, der alles autonom bestimmt?

In vielen anderen Universitäten findet sich ein derartiges Gremium, das die universitätsrelevanten Entscheidungen trifft. Das Modell mit einem Aufsichtsrat wie es derzeit in Luxemburg etabliert ist, stammt aus dem angelsächsischen Raum, wobei in diesen Ländern die Autonomie der Universitäten viel ausgeprägter ist. In Luxemburg finden wir ein Modell, das nicht klar definiert ist, und in dem die Macht in die Hände des Aufsichtsrats gelegt wird. Eine wesentliche Kritik daran ist, dass der Rektor zu einem reinen Generalsekretär des Aufsichtsrats degradiert wird. Sicherlich wäre es sehr zu begrüßen, wenn der Universitätsrat mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet würde um autonom handeln zu können. Dies würde voraussetzen, dass die politisch Verantwortlichen bereit wären einen Teil ihrer Kontrollbefugnisse auf- und abzugeben, und sie in die Hände der Universität zu legen. Dies würde die Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrages der Universität sicherlich erleichtern.

„Der Rektor wird sonst zu einem reinen Generalsekretär des Aufsichtsrats degradiert.“

Derzeit läuft ja die Suche nach einem neuen Rektor. Wie hoch schätzen Sie die Chancen, dass diesmal ein interner Kandidat zurückgehalten wird?

Die Signale sind relativ deutlich, dass es durchaus ein interner Kandidat sein könnte, darauf deutet unter anderem die kurze Frist hin, die für die Suche angesetzt wurde. Wie dieser Entscheidungsprozess konkret abläuft, wurde nicht klar kommuniziert. Die Findungskommission wird stark von Mitgliedern des Aufsichtsrats dominiert, sodass auch die Interessen der politisch Verantwortlichen sich nicht unerheblich bei der Entscheidungsfindung auswirken werden.

Sie verteidigen das „Modell eines universitären Korporatismus“. Was ist darunter zu verstehen?

Spezifische Gruppierungen innerhalb der Universität, insbesondere die Professoren bzw. „enseignants-chercheurs“, sollen als Interessensvertreter verstärkt an allen Entscheidungsprozessen an und zu der Universität beteiligt werden. Eine ideale Form wäre ein starker Universitätsrat - bestehend aus den relevanten unterschiedlichen Interessenvertre-